Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 11

Artikel: Generalstreik 1918
Autor: Vogel, Hans
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336010

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE

27. Jahrgang *November 1948* *Heft 11*

HANS VOGEL

Generalstreik 1918

Vor dreißig Jahren, am 9. November 1918, mobilisierte der Bundesrat plötzlich zwei Infanteriebrigaden, zwei Radfahrerkompagnien, zwei Sanitätskompagnien und zwei Kavalleriebrigaden, außerdem die zugehörigen Landwehrmitrailleurschwadronen und eine Bäckerkompagnie. Gleich darauf wurden noch je zwei Infanterieregimenter und Kavalleriebrigaden aufgeboten.

Da die Zeitungen jener Tage reich gefüllt waren von den Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten, vom Zusammenbruch des deutsch-österreichischen Widerstandes, von Revolutionen in Wien und Budapest, indessen die innenpolitischen Diskussionen sich friedlich um den Achtstundentag, Teuerung, Neuwahlen des Nationalrates auf der Grundlage des Proporzes, dem das Schweizervolk am vorausgegangenen 13. Oktober zugestimmt hatte, drehten, die sozialistische Presse einzig zur ersten Jahresfeier der russischen Revolution aufrief, schrieb man anfänglich das sonst unverständliche Militäraufgebot des Bundesrates der Sorge um den Grenzschutz zu. Grenzzwischenfälle waren vorgekommen.

Dann kam aus Zürich die Erklärung. Die Depeschenagentur wußte mitzuteilen, das Truppenaufgebot sei auf Begehren der Zürcher Regierung erfolgt «im Hinblick darauf, daß gewisse Anzeichen vorhanden sind, wonach in Zürich im Zusammenhang mit dem Jahrestag der russischen Revolution Unruhen zu erwarten sind». Das massive Truppenaufgebot erfolgte demnach nicht wegen äußerer Gefahren, sondern weil die Zürcher Regierung innere Unruhen befürchtete; es hieß denn auch, sie selber habe Aufenthalt in der Kaserne genommen.

Die Überraschung war riesengroß. In den Arbeiterkreisen wich die anfängliche Ungläubigkeit dem Zorn; das Truppenaufgebot war also gegen

sie, gegen die Arbeiter gerichtet? Gegen die Arbeiterschaft, die bis jetzt aufopfernd das Land beschützt hatte? Gegen diese Arbeiterschaft? Warum denn? Auf Grund welcher Tatsachen? Nur weil die Zürcher Regierung «gewisse Anzeichen» geltend machte? Die Ungläubigkeit erstreckte sich auch auf bürgerliche Kreise; die Basler «National-Zeitung» schrieb damals, zwei Tage nach dem überraschenden Mobilisationsbefehl:

> «Noch immer ist es nicht abgeklärt, auf welche genaueren Mitteilungen und Belege der *Regierungsrat* des Kantons Zürich sein Vorgehen stützte. Es bestätigt sich, daß der Zürcher *Stadtrat* von den Schritten der Regierung *selbst überrascht war*, da er weder von geplanten Treibereien Kenntnis hatte, noch von der Regierung zu einläßlicher Aussprache eingeladen worden war, bevor die Intervention des Bundesrates nachgesucht ward. Ebenso überrascht waren auch die Führer der verschiedenen politischen Parteien, die nicht in die Verhältnisse eingeweiht wurden, welche der Regierungsrat zu überblicken behauptete. Die Parteiführer wurden offensichtlich ebenfalls nicht begrüßt. Diese Überraschung erstreckt sich auch auf die sozialdemokratischen Führer, mit denen nicht konferiert worden ist und die bestimmt versichern, keine Ahnung von den Plänen zu haben, welche dem Regierungsrat in die Hände gespielt wurden.»

Als sich die ebenfalls ahnungslosen Zürcher Banken in einer Unterredung mit dem Regierungsrat nach den Ursachen der militärischen Maßnahmen erkundigten, erklärte der Regierungsrat, es gelte das Privateigentum zu schützen. Das war sogar den Zürcher Bankherren neu.

Die erste Antwort auf die unerhörte Herausforderung der Arbeiterschaft kam von der Arbeiterunion Zürich, der Zürcher Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftskartell. In ihrem Protest hieß es, daß die Zürcher Arbeiterschaft für alle ihre Aktionen die Verantwortung trage und durch keine Maßnahme «auch nur im entferntesten ein Militäraufgebot veranlaßt habe». Das Militäraufgebot sei eine provokatorische Leichtfertigkeit; die Zürcher Regierung werde aufgefordert, ihre Belege und Beweise zu veröffentlichen, um ihr Vorgehen zu rechtfertigen. Der Aufruf endete mit einem Appell an die Disziplin.

Das war insofern nötig, als das unmotivierte Militäraufgebot in der Zürcher und in der schweizerischen Arbeiterschaft eine starke Unruhe hervorgerufen hatte. Es war Wasser auf die Mühlen der zeitlich ziemlich zur Passivität verurteilt gewesenen Jungburschen. Jetzt rückten sie mit Flugblättern auf, die der Zürcher Regierung eine nachträgliche Rechtfertigung geben mochten. Die rasch steigende Gärung in der Arbeiterschaft bedurfte anderer Führung. Die gesamte schweizerische Arbeiterschaft fühlte sich provoziert. Die Militäraufgebote, offenkundig gegen sie gerichtet, konnte und durfte sie nicht einfach hinnehmen, wenn sie verhindern wollte, daß ihre Organisationen deroutiert in unberufene Hände glitten. Das Oltener Aktionskomitee rief am

7. November zum 24stündigen *Proteststreik* auf, beginnend am Samstag, dem 9. November, früh morgens. «In einem Augenblick, da unsere Bewegung in einem Ruhestadium sich befand, hat der Bundesrat die Arbeiterschaft mit einem Massenaufgebot von Truppen überrascht. Trotz der Grippe, die im Interesse der Volksgesundheit eine restlose Demobilisation erheischt, sind Zehntausende von Schweizer Soldaten aufgeboten worden.» So begann der Aufruf des Aktionskomitees; es heißt dann weiter: «Die durch ihre Maßnahmen *dem Bürgerkrieg* entgegentreibenden Behörden weigern sich, nackte Tatsachen und Beweise für die Berechtigung ihrer diktatorischen Anordnungen zu nennen. Sie weigern sich, die leichtfertig aufgebotenen Truppen zurückzuziehen. In dieser Situation hilft kein papierener Widerspruch... Zum Zeichen der Auflehnung gegen die Unverantwortlichkeit der militärischen und bürgerlichen Diktatur fordern wir euch auf, unverzüglich in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten.» Die Soldaten wurden aufgefordert, dem Mobilisationsbefehl Folge zu leisten, aber sich strikte zu weigern, von den Waffen gegen das Volk Gebrauch zu machen.

Der Proteststreik-Parole folgte die Arbeiterschaft mit unerwarteter Solidarität, mit einer Disziplin und Geschlossenheit sondergleichen, mit Ausnahme von Genf, Lausanne und St. Gallen, wo die Weisungen des Aktionskomitees zu spät eintrafen. Statt dessen schlossen sich Orte an, die nicht in der Ordre inbegriffen waren; so streikten in Thun mit den privaten auch die Arbeiter der eidgenössischen Betriebe. Zu ernsten Zwischenfällen kam es einzig wieder in Zürich. Unter Befehl von Oberst Sonderegger gingen die Truppen gegen die Streikenden vor; eine Massenversammlung vom Sonntagnachmittag wurde zerstreut, die ersten scharfen Schüsse fielen, die ersten Verwundeten röteten den Platz mit ihrem Blute. Jetzt gab es kein Halten mehr; es nützte nichts, daß die Zürcher Regierung nun einlenken, den Sozialisten drei Sitze einräumen, den Achtstundentag gewähren, beim Bundesrat den Rückzug der Truppen verlangen wollte. Ihre Einsicht kam zu spät; sie regierte nicht mehr, Herr des Platzes Zürich war das Militär, war Oberst Sonderegger, war der Bundesrat. Die Truppen blieben, und die Zürcher Arbeiterschaft beschloß die Fortsetzung des Streiks. Das Oltener Aktionskomitee, die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und die sozialdemokratische Nationalratsfraktion erklärten sich solidarisch. Der *allgemeine Landesstreik* wurde verhängt, beginnend ab Montag, dem 11. November 1918, nachts 12 Uhr. Er sollte unbefristet alle öffentlichen und privaten Betriebe umfassen. Zu der Forderung auf Zurückberufung der Truppen kam jetzt ein zwar nicht staatsumwälzendes, aber radikales Programm:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrates auf Grundlage des Proporzes.
2. Aktives und passives Frauenstimmrecht.
3. Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48-Stunden-Woche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopole für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

Der Generalstreik war noch vollkommener als der Proteststreik. Man durfte wohl sagen: «Alle Räder stehen still.» Jetzt machte auch die Westschweiz geschlossen mit. Der Eisenbahnbetrieb war stillgelegt in der ganzen Schweiz. In den Städten fuhr kein Tramwagen mehr. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Bundes der Festbesoldeten erklärte sich mit den oben publizierten Forderungen solidarisch. Die Zeitungen waren lahmgelegt; es erschienen nur Bekanntmachungen, die das Aktionskomitee bewilligte. An manchen Orten kam es zu Sympathiebezeugungen zwischen Truppen und Streikenden. Der Vorstand der Neuen Helvetischen Gesellschaft (Gruppe Bern) erließ einen Aufruf, in welchem er sich von der Politik des Bundesrates und der Zürcher Regierung distanzierte. «Wir sehen in dieser Politik die Ursache der heutigen Landeskrise», heißt es da. Neue Männer seien notwendig, um dem Lande eine neue Verfassung zu geben. «Es muß eine neue Schweiz werden.»

*

So sah es am ersten Streiktag aus; die Arbeiterschaft, geeinigt wie noch nie, schien die Lage zu beherrschen. Sehr streng wurde dem Alkoholverbot des Aktionskomitees nachgelebt, vielerorts blieben die Wirtschaften geschlossen. Die Fülle heroischer Streikeinzelheiten ist sonder Zahl. Auch fernab von den Aktionskomitees, nur auf sich selbst angewiesen, trat man in den Kampf und hielt durch. Selbst dann, als Bundesrat und Militärbehörden zum Gegenschlag ausholten und als im Schutze des Militärs überall die Bürgerwehren in Erscheinung traten. Der Bundesrat hatte auf Dienstag, den 12. November, die Bundesversammlung einberufen. Sie konnte zusammentreten mit Hilfe höherer Streikbrecher der Transportanstalten und dank der Militärautomobile. Die weitere Truppenmobilisierung gelang; die Städte wurden militärisch besetzt; eine Art Belagerungszustand begann; die Arbeiterdruckereien erhielten militärische Einquartierung. Die Sowjetgesandtschaft in Bern, als angeb-

liche Quelle revolutionärer Propaganda, wurde des Landes verwiesen; es verging mehr als ein Vierteljahrhundert, bis wieder eine sowjetrussische Gesandtschaft sich in Bern installieren konnte[1]. Die ersten Verhaftungen begannen; in Grenchen kam es zu einem blutigen Zwischenfall, Offiziere ließen auf eine Versammlung schießen, vier Metallarbeiter verloren ihr Leben. Bürgertum und militärische Machthaber zeigten Pogromstimmung; der Bundesrat, anfänglich unsicher, faßte dank der Bundesversammlung neuen Mut. Er unterstellte das eidgenössische Personal dem Kriegsrecht, mit Strafen bis zu einem Jahr Gefängnis und bis zu 1000 Franken Buße. Das Eisenbahnpersonal fiel in der Folge auseinander; «eine Mehrheit der Leitung des Verbandes Schweizerischer Eisenbahn- und Dampfschiffangestellter schoß unserer Bewegung und den Vertrauensleuten in den Rücken», mußte das Oltener Aktionskomitee feststellen. Trotzdem war gerade die Haltung der Eisenbahner glänzend, ihre solidarische Haltung mit der Privatarbeiterschaft verdiente jedes Lob, ohne sie wäre der Generalstreik nicht so eindrucksvoll, ohne sie wären in der Folgezeit die Früchte weniger reif geworden. Am Donnerstagabend, dem 14. November, sah sich das Aktionskomitee vor die Möglichkeit des Bürgerkrieges, weiterer blutiger Zwischenfälle wie in Grenchen und vor die eigene Zersplitterung gestellt. Zwar befand sich die Arbeiterschaft überall noch in voller Kampfstimmung; nirgends dachte man an Streikabbruch; als das Oltener Aktionskomitee, das in der Unionsdruckerei Bern am Donnerstagabend militärisch konsigniert wurde, die Parole zum Streikabbruch gab, ging ein Sturm der Entrüstung durch die streikende Arbeiterschaft. An allen Orten hatten die Lokalkomitees die größte Mühe, die Arbeiter zur Beendigung des Landesstreikes zu bewegen; es war viel leichter gewesen, sie zum Beginn zu veranlassen ... «Es ist zum Heulen», schrieb Genosse Nobs, damals «Volksrecht»-Redaktor, in seinem Blatt. Und es war zum Heulen; in Bern, Zürich, Basel usw. wollten die Arbeiter den Streik fortsetzen; die Arbeiterschaft fühlte sich nicht geschlagen, nicht besiegt — «besiegt hat uns das Oltener Aktionskomitee».

Es übernahm mit der Parole auf Streikabbruch sicher die größere, jedenfalls die unpopulärere Verantwortung gegenüber dem Land und der Arbeiterschaft. Es führte die Arbeiterorganisationen geschlossen aus dem Kampf heraus, ohne daß die bürgerlichen Hoffnungen auf ein Abflauen der Streik-

---

[1] Für die Behauptung, daß die Sowjetgesandtschaft sich 1918 in die internen Verhältnisse der Schweiz eingemischt habe, ist weder im Landesstreikprozeß noch später auch nur der geringste Beweis erbracht worden, obwohl Nationalrat Johannes Huber den Bundesrat darüber interpellierte. Ihm wurde, in seltsamer Verkennung der Beweislast, geantwortet, auch das Gegenteil sei nicht bewiesen! *V. G.*

bewegung und auf die Deroute der Arbeiterschaft sich realisierten. Es bewahrte das Land vor Bürgerkriegserscheinungen, die beim fanatisierten Bürgertum namentlich der Westschweiz schon drohten. Es vermied die Zerschlagung der örtlichen Streiks durch Militär und Bürgerwehr. In der Folge, nachdem die erste Wut darüber, ungeschlagen den Kampf abbrechen zu müssen, verebbt war, bewies die organisierte Arbeiterschaft einmal mehr ihre politische Einsicht, indem sie nachträglich die Haltung des Oltener Aktionskomitees billigte (Arbeiterkongreß in Bern am 22. und 23. Dezember 1918). Der ganze Kampf, der Proteststreik und der anschließende Generalstreik, ist von der schweizerischen Arbeiterschaft trotz dem unbefriedigenden Ausgang *nie als Niederlage* empfunden worden; er war auch keine. Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen blieben intakt; die kommunistische Spaltung des folgenden Jahres auf Grund der 21 Moskauer Punkte erzielte nur in Basel und Zürich nennenswerte Erfolge, vermochte aber der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz nicht die breite Vertrauensbasis zu entziehen. Noch während des Generalstreiks hatten Bundesrat und Bundesversammlung die sofortige Ausarbeitung des Proporzgesetzes und die Ausschreibung der Neuwahlen des Nationalrates auf Grund dieses neuen Wahlrechtes für den März 1919 zugesagt. Wirtschaftliche und soziale Forderungen sollten neuen Besprechungen unterliegen. Und wenn auch von den neun Forderungen selbst heute noch nicht alle erfüllt sind: der Achtstundentag setzte sich rasch nach dem Generalstreik durch, und die Sicherung der Lebensmittelversorgung ist im neuen, im zweiten Weltkrieg nicht mehr dem schamlosesten Schiebertum überlassen geblieben. Was es aber bedeutete, für die Arbeiterschaft und für das ganze Land, mit intakten Arbeiterorganisationen aus der Schlacht heimzukehren, das hat sich gezeigt, als die große Arbeitslosigkeit über die Schweiz hereinbrach, und erst recht dann, als Fröntler, Nazi, Faschisten den Geist der Arbeiterschaft vergiften wollten. Als es auf die geistige Landesverteidigung ankam, da bewährten sich die Generalstreikler von 1918 besser als viele Bügerwehrler . . .

*

Es war für das Bürgertum, übrigens selbst für manche Arbeitervertreter, das große Rätsel, wieso es kam, daß nach scheinbarer Ruhe die schweizerische Arbeiterschaft mit so blendender Geschlossenheit auf den Aufruf zum Generalstreik reagierte. Die billigste Erklärung, die der aufgeschreckte Bürger fand, war «der fremde Hetzer», die russisch-bolschewistische Revolution, waren die revolutionären Ereignisse im nahen Ausland nach dem Kriegszusammenbruch. Ab und zu machte man auch den Geist von Zimmerwald

(1915) und Kiental (1916) haftbar. Es ist nicht zu leugnen, daß bei den Jungburschen in Zürich und Basel, in vorrevolutionären russischen Zirkeln, bei begeisterten Arbeitern, auch Studenten, namentlich zu Münzenbergs Zeiten ein revolutionärer Radikalismus, ja Romantizismus die Stimmungen von Versammlung zu Versammlung, von Demonstration zu Demonstration beeinflußte und unter Fritz Platten auch tiefer in die Arbeiterkreise eindrang. Das konnte gar nicht ausbleiben bei der Sehnsucht auch der schweizerischen Arbeiter nach Frieden, denen Zimmerwald und Kiental auch eine Botschaft war, und erst recht nicht in der Not jener Kriegsjahre, unter der die Arbeiterklasse bis tief in die Beamtenschaft hinein buchstäblich zu leiden hatte. Der Radikalismus der schweizerischen Arbeiterschaft hatte da seine bittern realen Ursachen. Kein Geringerer als der alte *Herman Greulich* gab dem beredten Ausdruck in einem prächtigen Votum in jener Nationalratsversammlung vom Dienstag, dem 12. November 1918, welche der Bundesrat extra während des Generalstreiks einberufen hatte. Da sagte der alte Kämpfer in der Debatte:

> «Wir vernahmen hier einen Unterton, der von «fremden Elementen» sprach, worunter man nur jene rechnet, die mit den Herrschenden nicht einverstanden sind. Das ist ja populär, es ist – *demagogisch.* Sie verkennen die Lage aller Darbenden und Bedrückten und die größte Kulturaufgabe der Gegenwart. Diese größte Kulturaufgabe der Gegenwart ist, die Arbeiterschaft aus dem Tiefstand, dem ökonomischen und seelischen Tiefstand emporzuheben.» (Von den dichtbesetzten Tribünen bricht Beifall wie ein Donnerschlag los; der Präsident droht mit Räumung.) Greulich fährt fort: «Zur Emporhebung müssen die Arbeiter aber selbst aufgerüttelt werden. Ich huldige diesen Aufgaben seit fünfzig Jahren. Die Feindseligkeiten und Verfolgungen und Unterdrückungen, die ich dafür erleiden mußte, zittern noch in mir nach. Wenn man ein ganzes Leben lang so gearbeitet hat und seine Erfahrungen sammelte, glauben Sie denn, man könne geduldig zuhören, wie die heutige Stimmung und traurige Lage der Arbeiter zurückgeführt wird auf die Hetzereien fremder Elemente? Sie täuschen sich selbst, wenn Sie den objektiven Ursachen dieser Stimmung nicht nachgehen. Heute ist es die schweizerische Arbeiterschaft, die ihre Geschicke selber leitet und ihre Bewegung in der Hand hat. Man bezeichnet das Vorgehen der Arbeiter als Gewalt; ja, wer hat denn *zuerst* mit dieser Gewalt angefangen? Der Wahrheit muß die Ehre gegeben werden, *Gewalt* geschah *vor* dem Streik. Wer etwas anderes sagt, sagt objektiv eine Unwahrheit. Ich war nicht dabei (beim Generalstreikbeschluß); ich erkläre mich aber solidarisch mit allen, die dabei waren, mit allem, was beschlossen wurde; und wenn die andern abgefaßt werden müssen, *dann müssen Sie mich auch ins Loch stecken.* (Die Tribüne rast Beifall.) Wenn Staatsmänner nicht anders wissen, der Not und dem Elend der Arbeitermassen Herr zu werden als mit Militär, dann sind sie unfähig und haben abzutreten.»

Die schweizerische Arbeiterschaft hatte wahrlich Ursache zur Klage, Ursache selbst zur Rebellion. Der Krieg 1914 begann mit Arbeiterentlassungen, mit Reduktion der Arbeitszeiten auf den halben Tag mit den entsprechenden Lohnreduktionen. Hamsterei, Schiebertum, Teuerung machten sich sofort breit. Nicht nur die Arbeiterschichten blieben zurück; die Bank-

angestellten (Streik in Zürich), die Lehrer, die Staats- und Gemeindeangestellten, die Eisenbahner sahen sich weit zurückgeworfen. Statt Teuerungsausgleich gab es die Klassentrennung mit verbilligten Lebensmitteln, Volksschuhen, Volkstuch, oft nur unter beschämenden Bedingungen – wie Almosen – erhältlich. Die Verproletarisierung schreitet rapid voran; Sektionen des Bernischen Lehrervereins drohen mit dem Anschluß an den Gewerkschaftsbund. Die Soldzahlungen für die Soldaten sind ganz ungenügend; militärische Einheitskommandanten müssen öffentlich an die Mildtätigkeit appellieren, weil «die lange Dauer der Grenzbesetzung die wirtschaftliche Lage sehr vieler Wehrmänner aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Die militärische Notunterstützung reicht *in den meisten Fällen nicht mehr aus*. Manche Wehrmannsfamilien *entbehren genügender Nahrung und Kleidung*.» Das, nachdem der Krieg schon Jahre gedauert hatte und in der Schweiz riesige Schiebervermögen gewonnen wurden. Fast zur gleichen Zeit lehnte das Parlament eine direkte Bundessteuer ab! Dazu wachsende Wohnungsnot, ohne ernsthafte Bekämpfung. Auch Kohlenmangel tritt ein. Es gibt wirtschaftliche und militärische Korruptionserscheinungen am laufenden Band; in Kloten demonstrieren Truppen mit der roten Fahne. Schwer kämpft die Arbeiter- und Angestelltenschaft der privaten und der öffentlichen Betriebe um Wiederherstellung der Löhne, um Teuerungszulagen. Es hapert mit der Kartoffelversorgung, die Bauern halten zurück. Schließlich kommen sie mit der Milchpreiserhöhung um 7 Rappen, von 33 auf 40 Rappen. Und mitten im Trubel der Sorgen sieht der Angestellte, der Arbeiter, sieht die Hausfrau dick obenauf schwimmen jenes hartgesottene Schiebertum, das täglich die Ware durch vier, fünf Hände gehen läßt, ohne sie je gesehen zu haben, bei jedem Handwechsel aber ein paar Tausendernoten einsteckend. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement unter Schultheß, dem Apostel der freien Kapitalistenwirtschaft, versagt völlig. Alles ist zu haben zum entsprechenden Preis, der nicht im Volkswirtschaftsdepartement, sondern buchstäblich an den Spielertischen der großen Hotel-Restaurants abgemacht wurde. Es gab robuste Mechaniker, listige Schneider, Handelsreisende, die plötzlich in Zuckerimporten, Kaffeeschiebungen, Nähfadenkäufen und -verkäufen machten, alles von der Telephonkabine aus, gestern noch bettelarm, heute schon Millionäre waren und morgen wieder von vorn anfangen mußten. Aber sie rollten Tag für Tag in stolzen Limousinen aufs Land, immer in flotter Gesellschaft, lebten vom Besten, und die breite Masse des Volkes war schutzlos ihrer Wucherwirtschaft preisgegeben. Die Stimmung in Arbeiter- und Angestelltenkreisen stieg auf Siedehitze. Als der Bundesrat dann noch mit dem Projekt einer allgemeinen Zivildienstpflicht kam, um den Anbau zu fördern,

indes von ausgleichenden Löhnen keine Rede war und die Bauern sich selbst wenig solidarisch gezeigt hatten, kam es zu strikter Ablehnung. In der Armee traten die größten Mängel im Sanitätsdienst zutage; bösartige Zustände wurden aufgedeckt in der Etappen-Sanitätsanstalt Solothurn; der Armeearzt wurde Gegenstand heftigster Kritik, der Bundesrat deckte ihn, die Armee aber hatte bis Mitte Juli 1918 rund 450 Grippetodesfälle. Diese Feststellung ist wichtig, weil die bürgerliche Hetze später den Generalstreik für die Grippetoten verantwortlich machen wollte[2].

Weder die Sozialdemokratische Partei noch der Gewerkschaftsbund konnten den Dingen tatenlos zusehen. Ein gemeinsames Vorgehen drängte sich auf; nach der ganzen Situation im Lande mußte sich die politische und gewerkschaftliche Koordination ergeben. An einzelnen Orten, so in Zürich, Basel und Biel, war es zu Krawallen gekommen, andernorts (zum Beispiel in Bern) zu Marktdemonstrationen der Hausfrauen; mit der Zuspitzung der politischen Verhältnisse im Ausland und der Stimmung im Inland griff der Bundesrat zu Versammlungsverboten, es kam ein Generalserlaß gegen das Vereinsrecht der Soldaten. Das Personal der Langenthal–Huttwil-Bahn führte einen erfolgreichen Streik durch, wohlgeordnet und diszipliniert, während in Zürich wie auch in Basel unsere eigenen Parteileitungen gegen die Putschgelüste der Jungburschen auftreten mußten. In der Partei und bei den Gewerkschaften fanden Generalstreikdebatten Resonanz. Die einheitliche Leitung wurde eine Zwangsläufigkeit. Anfangs 1918 kamen Vertreter der Partei und des Gewerkschaftsbundes in Olten zusammen; aus vorläufig drei Vertretern der Partei und vier Vertretern der Gewerkschaften wurde das sogenannte Oltener Aktionskomitee gegründet. Schon das war die unmittelbare Antwort auf ein erstes Militäraufgebot des Bundesrates, das dieser mit der «äußern und *innern* Lage» begründete. Unsere Parteipresse spricht da von «obrigkeitlicher Panikstimmung».

Dem legalen Kampf, den das Oltener Aktionskomitee nun entfesselte, in Presse, Parlament, Demonstrationen, waren beträchtliche Erfolge beschieden. Daß nicht bloß die Privatarbeiterschaft, daß auch das öffentliche Personal kampfentschlossen war und stimmungsgemäß auch vor einer generellen Arbeitsniederlegung nicht zurückschreckte, mag ein Artikel bezeugen, der im Mai 1918 in der Schweizerischen Eisenbahner-Zeitung erschien und der positiv den Generalstreik auch der Eisenbahner befürwortete. Der Stimmung und der Situation Rechnung tragend, berief das Aktionskomitee auf den

---

[2] Die Grippe-Epidemie des Jahres 1918 raffte in der Schweiz mehr als 21 000 Einwohner dahin, unter den diensttuenden Truppen etwa 3000 Mann. Vgl. Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1939, S. 96. *V. G.*

27. und 28. Juli 1918 einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Basel ein, nachdem es am 22. Juli dem Bundesrat konkrete Forderungen unterbreitet hatte (Aufhebung des Versammlungsverbotes, keine Zurückweisung fremder Deserteure, Errichtung eines Ernährungsamtes, bessere Rationierung, Festsetzung von Einheitspreisen für Lebensmittel, Konzessionierung des Großhandels, Kohlenversorgung, Lohnämter, Reduktion der Arbeitszeit, Förderung des Wohnungsbaues, Nachteuerungszulagen und Achtstundentag für eidgenössische Betriebe).

Nach großer Diskussion kam der Arbeiterkongreß mit 277 gegen nur 4 Stimmen zur Schlußfolgerung, daß die Antwort des Bundesrates auf obige Forderungen ungenügend sei und daß im Einvernehmen mit dem Föderativverband neue Verhandlungen stattfinden müßten. «*Für den Fall,* daß der Bundesrat nicht unverzüglich genügende Zugeständnisse macht, beschließt der Kongreß *die Verhängung des allgemeinen Landesstreiks.*»

Am 2. August redigiert der Bundesrat seine Antwort; sie machte nochmalige Verhandlungen notwendig, und am 8. August kann das Oltener Aktionskomitee mitteilen, daß man mit dem Bundesrat soweit einig geworden sei, daß «noch bestehende Differenzpunkte die Verhängung des Generalstreiks *nicht* rechtfertigen»; das Komitee erklärt einstimmig die Bewegung als beendigt. Erfolge wurden erzielt namentlich bei den Begehren des Staatspersonals, auch in einigen allgemeinen wirtschaftlichen Forderungen und bezüglich des Versammlungsverbotes und der Deserteurfrage. Jedenfalls haben das Aktionskomitee und die Arbeiterschaft gezeigt, daß sie nicht mutwillig mit dem Generalstreik spielen; es trat in der Folge bis zum Herbst eine gewisse Beruhigung ein; der von einer sinnlosen Panik erfaßten Zürcher Regierung und dem Bundesrat blieb es vorbehalten, den schon begrabenen Generalstreik auszulösen.

*

Ich habe fragmentarisch den Ablauf der November-Ereignisse dargestellt, dann ebenso fragmentarisch die Voraussetzung für den Landesstreik, die Landessituation, die Provokation, die Stimmung bei der Lohnarbeiterschaft geschildert. Es bleibt die Frage kurz zu beantworten, woraus die Kraft der Arbeiterschaft zu jenem heroischen Kampf resultierte. Man wird das Ganze nie völlig objektiv erfassen können, ohne die vorausgegangenen zehn, ja fünfzehn Jahre historisch richtig zu würdigen. Diese Jahre seit der Jahrhundertwende waren die Jahre der eigentlichen Emanzipation der schweizerischen Arbeiterbewegung, politisch die Durchdringung mit dem sozialistisch-revolutionären Ideengut, der Kampf der sozialdemokratischen Mitglied-

schaften gegen die kleinbürgerlichen Grütlivereine bis zu deren Auflösung in der Parteieinheit (Einigungsparteitag am 4./5. November 1916), befruchtet von den internationalen Konferenzen in Zimmerwald und Kiental. Es waren die Jahre der gewerkschaftlichen Konzentration, der Entwicklung vom Fachverein zum Berufsverband. Der Zusammenschluß der Eisenbahner, der Arbeiter im Metall-, Bau- und Holzgewerbe usw. Es waren die Jahre der großen Kämpfe um das Koalitionsrecht; der am 15. Juni 1906 in der Automobilfabrik Arbenz in Albisrieden ausgebrochene bedeutende Streik war verursacht worden durch die Entlassung eines organisierten Arbeiters und die Ignorierung der Gewerkschaft durch den jungen Direktor Arbenz. Am 12. Juli 1912 brach in Zürich der erste Generalstreik aus, ebenfalls verursacht durch die Maßregelung organisierter Arbeiter, durch eine Kraftprobe des Unternehmertums, das mit Entlassung und Ausweisung ausländischer Arbeiter die behördliche Unterstützung fand, gegen die Arbeiterorganisationen. Der Gedanke des politischen Generalstreiks wurde von der Sozialdemokratischen Partei bereits auf den Parteitagen in Neuenburg (1912) und Aarau (1913) diskutiert. Es waren Jahre großer politischer und gewerkschaftlicher Kämpfe, der Maßregelungen und der Opfer, aber auch der steten inneren Stärkung. In den Städten wurde die politische Macht erobert, es gab ein Rotes Zürich, ein Rotes Basel, ein Rotes Bern. Landgemeinden folgten nach. Es war auch die Zeit der offenen Diskussionen, der harten Auseinandersetzungen um die großen Grundsätze und die großen Ziele. Man möchte sagen, mit dem Generalstreik 1918, der eine lebendige, geschulte, aufgeschlossene und kampferprobte Arbeiterschaft vorfand, endete die heroische Zeit der schweizerischen Arbeiterbewegung. Nachher kam die Zeit der Verhandlungen; die gewerkschaftliche Anerkennung und der Tarifvertrag setzten sich definitiv durch, und heute haben wir die Friedensabkommen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. In den kantonalen, kommunalen und in den Landesbehörden ist der Einfluß der Arbeiterschaft gewachsen – ganz abgesehen von den anders gelagerten wirtschaftlichen Verhältnissen (Nachkriegshochkonjunktur statt Arbeitslosigkeit) fehlen heute bei der organisierten Arbeiterschaft absolut die politischen und gewerkschaftlichen Voraussetzungen für einen Generalstreik und für Kämpfe wie 1918. Diese waren die notwendigen Ergebnisse eines Krieges und zurückgebliebener sozialer Entwicklungen, welche die erstarkte Arbeiterschaft nicht mehr zu ertragen gewillt war; heute sind die Arbeiterorganisationen, die in der Folge des Generalstreiks nicht etwa zurückfielen, sondern an Boden und Macht gewannen, stark genug, sich meist schon am Verhandlungstisch durchzusetzen. Der Generalstreik war eine Lehre für die Einheit der Arbeiterklasse, den Ausbau ihrer Organisationen. Die nächsten

Kämpfe galten darum nicht zuletzt der Abwehr aller Spaltungstendenzen, und das gilt heute noch, von welcher Seite auch die Spaltungsversuche unternommen werden. Es gab mancherlei seither; Kommunisten, Freigeldler, Duttweiler, Jungbauern, Frontisten, Evangelische, Katholiken und Freisinnige versuchten mit eigenen Arbeiterorganisationen namentlich auch politisch die Arbeiterschaft zu trennen. Es fehlte leider nicht immer an Erfolgen, aber im ganzen gesehen besitzt die Arbeiterschaft in der Gewerkschaftsbewegung und in der Sozialdemokratie jene großen Einheiten, die im neuen Weltkrieg und in den turbulenten Zeiten des Nazifaschismus die stärksten Bollwerke für das Land, für Volk und Heimat gewesen sind. Will man die Situation im ersten und im zweiten Weltkrieg und die jeweilige Ausgangslage für den Frieden bei der Arbeiterschaft auf einen vergleichenden Nenner bringen, so dürfte man etwa sagen: Damals galt es, Positionen zu erringen; heute gilt es, sie zu halten. Damals waren Partei und Gewerkschaften erfüllt von einem revolutionären Eroberungswillen; heute wachen sie eifrig über das Errungene. Es ist klar, daß sich daraus bei der Arbeiterschaft grundlegend veränderte geistige Konzeptionen ergeben mußten. Man kann nicht revolutionär sein, wenn man konservieren muß. An der bürgerlichen Politik ist es, das zu beachten. Bei der heutigen Wirtschaftskonjunktur hat sie es relativ leicht, revolutionäre Situationen zu vermeiden. Die eigentlichen Schwierigkeiten für Bürgertum und Arbeiterschaft aber beginnen wieder, wenn neue Wirtschaftskrisen kommen sollten.

*

Nicht berührt sind in unserem Artikel die Generalstreikprozesse. Der Raum unserer Zeitschrift erlaubte es nicht. Sie jähren sich übrigens erst im nächsten Frühjahr; vielleicht ist dann Gelegenheit, das Strafgericht unseres Bürgertums über die Generalstreik-«Rädelsführer» in der «Roten Revue» ebenfalls noch einer Betrachtung zu unterziehen.